

Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.)
Autoritäre Dynamiken

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG



Forschung Psychosozial

Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.)

Autoritäre Dynamiken

Alte Ressentiments – neue Radikalität

Leipziger Autoritarismus Studie 2020

Mit Beiträgen von Elmar Brähler, Kazim Celik, Oliver Decker,
Chana Dischereit, Barbara Handke, Aylene Heller,
Nele Hellweg, Charlotte Höcker, Johannes Kiess, Juliane Lang,
Lydia Lierke, Massimo Perinelli, Gert Pickel, Susanne Pickel,
Katrín Reimer-Gordinskaya, Clara Schließler, Andre Schmidt,
Julia Schuler und Alexander Yendell

Psychosozial-Verlag

Die Veröffentlichung der Leipziger Autoritarismus Studie
erfolgt in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung
und der Otto Brenner Stiftung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Originalausgabe

© 2020 Psychosozial-Verlag, Gießen

E-Mail: info@psychosozial-verlag.de

www.psychosozial-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung
des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagabbildung: *László Moholy-Nagy, 1919, 1927*

Umschlaggestaltung nach Entwürfen von Hanspeter Ludwig, Wetzlar

www.imaginary-world.de

Lektorat: Barbara Handke, Leipzig

www.centralbuero.de

Satz: Barbara Brendel, Leipzig

ISBN 978-3-8379-3000-9 (Print)

ISBN 978-3-8379-7771-4 (E-Book-PDF)

Inhalt

Vorwort der beteiligten Stiftungen	9
Vorwort der Herausgeber	11
1. Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität <i>Oliver Decker & Elmar Brähler</i>	15
Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft	
2. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf <i>Oliver Decker, Johannes Kiess, Julia Schuler, Barbara Handke, Gert Pickel & Elmar Brähler</i>	27
3. Zersetzungspotenziale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt? <i>Gert Pickel, Susanne Pickel & Alexander Yendell</i>	89
4. Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: <i>industrial citizenship</i> zur Stärkung der Demokratie <i>Johannes Kiess & Andre Schmidt</i>	119

5. Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft?
Der Wandel der AfD-Wählerschaft
von 2014 bis 2020 149
Kazim Celik, Oliver Decker & Elmar Brähler

Autoritäre Dynamiken

6. Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung
der Demokratie-Feindlichkeit 179
*Oliver Decker, Julia Schuler, Alexander Yendell,
Clara Schließler & Elmar Brähler*
7. Antisemitismus als antimodernes Ressentiment:
Struktur und Verbreitung eines Weltbildes 211
Johannes Kiess, Oliver Decker, Aylene Heller & Elmar Brähler
8. Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus?
Die Messung von Antifeminismus und Sexismus
in Deutschland auf der Einstellungsebene 249
Charlotte Höcker, Gert Pickel & Oliver Decker
9. Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität
in Zeiten der Pandemie 283
Clara Schließler, Nele Hellweg & Oliver Decker

Zum Stand der Zivilgesellschaft

10. Kinder und Kindertagesstätten:
Die Gestaltung demokratischer Alltagskultur
in der »Vielfachkrise« 311
Katrin Reimer-Gordinskaya
11. Dreißig Jahre Mauerfall: Ein Perspektivwechsel
mit dem Projekt »Erinnern stören« 327
Lydia Lierke & Massimo Perinelli

12. Zwischen Tradition und Moderne: Frauen in neuen rechten Gruppierungen <i>Juliane Lang</i>	341
13. Antiziganismus im Ländle: Ein Bericht aus dem laufenden Prozess am Landgericht Ulm <i>Chana Dischereit</i>	353
Übersicht aller bisher erschienenen Studien dieser Reihe 2002–2018	379
Autorinnen und Autoren	381

Vorwort der beteiligten Stiftungen

Die Leipziger Studien zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen liefern seit nunmehr 2002 regelmäßig aktuelle und damit auch langfristig vergleichbare Daten. Die kontinuierlichen Erhebungen und Auswertungen ermöglichen deshalb seit fast 20 Jahren empirisch gesättigte Debatten über die jeweilige gesellschaftliche Stimmung im Land. Die Publikationen liefern seit Jahren wichtige Beiträge für eine breite und fundierte gesellschaftspolitische Diskussionen – auch in unruhigen Zeiten helfen ihre analytischen Tiefenbohrungen beim Erklären aktueller Fragen und unterstützen uns beim Deuten gesellschaftlicher Entwicklungen.

Die aktuelle Studie zeigt: Autoritäre, extremistische Einstellungen bleiben eine beständige Bedrohung für die offene, demokratische Gesellschaft. Auch wenn sich die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen insgesamt zwar reduziert hat, haben sich aber gerade bei rechtsextrem eingestellten Personen neonazistische Ideologien verfestigt, wie sie etwa in der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur oder von Antisemitismus zum Ausdruck kommen. Hinzu kommt, dass ethnozentrische Einstellungen, Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit auf einem hohen Niveau verbleiben. Die Polarisierung in der Gesellschaft scheint sich verfestigt zu haben.

Für die politische Bildung ist und bleibt die Auseinandersetzung mit rassistischen, chauvinistischen und extremistischen Einstellungen ein wichtiges Handlungsfeld. Nicht nur die besonders dramatischen Ereignisse in Halle und Hanau, sondern auch die vielen fast schon alltäglichen politisch-ideologisch motivierten Gewalttaten im Land sollten uns mahnen: Einen Gewöhnungseffekt an solcherart Gedankengut darf es nicht

geben. Es bedarf vielmehr des demokratischen Widerstands und einer demokratiefördernden politischen Bildung für die Zukunft des Landes, der Institutionen und der offenen Gesellschaft.

Die Herausforderungen sind unübersehbar. Seien es Gedankenlosigkeit, mangelnde politische Reflexion oder gar stillschweigende Tolerierung, wenn bei den COVID-19-Protesten Rechtsextremisten ungehindert mitmarschieren. Seien es Angriffe auf eine freie Presse, Anfeindungen gegen oftmals ehrenamtliche Politiker und Politikerinnen oder Künstler und Künstlerinnen oder Übergriffe gegen diverse Menschen: Die Radikalität einer enthemmten Minderheit bedroht das Gesellschaftsmodell einer offenen Mehrheit, und diese Mehrheit darf diese Bedrohung nicht länger ignorieren. Die Zivilgesellschaft muss ihrer Rolle als Hort der Demokratie gerecht werden.

Positive Erfahrungen der Beteiligung, Solidarität und Anerkennung sind dabei wesentliche Bausteine einer demokratiestärkenden Arbeit. Dies gilt über den rein politischen Bereich hinaus, denn viele demokratische Enttäuschungen sind erst im Kontext der früheren und der sich abzeichnenden Umwälzungen in der Arbeitswelt zu sehen. So kann die Studie erstmals zeigen, dass demokratische Enttäuschungen – aber auch demokratische Resilienzen – eng mit Partizipations- und Beteiligungserfahrungen (oder deren Ausbleiben) am Arbeitsplatz zusammenhängen. Daher ist neben dem gesellschaftskulturellen stets auch der Bereich der Wirtschaft als wichtiger Ansatzpunkt mit zu denken, wenn den neuen autoritären Dynamiken demokratische Standfestigkeit entgegengesetzt werden soll.

Die aktuelle Studie wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung unterstützt. Sie bietet wichtige empirische Evidenzen zur Weiterentwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Wir hoffen, dass die Studie zudem zu einer informierten Diskussion und einer die Demokratie stärkenden gesellschaftspolitischen Debatte beiträgt.

Berlin, Frankfurt am Main im September 2020

Heinrich-Böll-Stiftung

Otto Brenner Stiftung

Vorwort der Herausgeber

Mit der Studie *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität* legen wir die 10. Leipziger Autoritarismus Studie vor.¹ Die Daten dieser Erhebungswelle bestätigen erneut das dauerhaft hohe Niveau antidemokratischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Gleichzeitig stellen wir durch unsere Langzeitbeobachtung aber auch einen Wechsel der antidemokratischen Motive fest.

Weiterhin ist das Denken vieler Menschen in der Bundesrepublik durch Chauvinismus und die Abwertung von Migrantinnen und Migranten geprägt. Neben diesem Ethnozentrismus ist nach wie vor die Neo-NS-Ideologie verbreitet: Mit dem tradierten Antisemitismus, der Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus, dem Sozialdarwinismus und der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur wird diese Ideologie zwar weniger offen geäußert als der Ethnozentrismus, gehört aber seit Langem zum geteilten Ressentiment in antidemokratisch-autoritären Milieus. Als wir das Ausmaß der Verbreitung dieser Denkweisen in unseren ersten Untersuchungen veröffentlichten, war das Erschrecken groß. Jetzt, nach fast 20 Jahren, darf dieses weiterhin ungelöste Problem nicht zu einer Gewöhnung führen. Diese Warnung gilt besonders, weil die antidemokratischen Ressentiments zwar gleich bleiben, sich aber immer neue Ausdrucksmöglichkeiten suchen. So findet beispielsweise der Antisemitismus neue

1 In den Jahren 2006 bis 2012 bestand eine Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seit 2016 wird die Leipziger Autoritarismus Studie in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung durchgeführt, 2016 war auch einmalig die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligt.

Ausdrucksformen in Verschwörungsmythen, der Antifeminismus wird zu einer weiteren Brückenideologie antimoderner Bewegungen und viele Menschen sind inzwischen für Muslimfeindschaft und Antiziganismus empfänglich. Gegenwärtig nimmt die Gewalt gegen Juden und Jüdinnen zu, nicht nur in Deutschland, aber hier ist diese Tatsache ein besonders großer Skandal. Auch andere Menschen können Opfer von Ideologien der Ungleichwertigkeit werden – und durch die Radikalisierung der antidemokratisch-autoritären Milieus ist dies auch immer häufiger der Fall. Dieser Umstand erfordert eine breite Solidarisierung und Allianzen gegen die Feinde der Demokratie und für einen demokratischen Zusammenhalt. Mit unserer Studienreihe wollen wir einen Beitrag dazu leisten.

Auch diese Leipziger Autoritarismus Studie wäre ohne die Unterstützung und Arbeit vieler Menschen nicht möglich gewesen. Wir danken an dieser Stelle unseren Autorinnen und Autoren, deren Beiträge in diesem Band versammelt sind. Ebenso gilt unser Dank den Kolleginnen und Kollegen des Meinungsforschungsinstituts USUMA, die uns in gewohnter Qualität beratend zur Seite standen und die Erhebung durchführten. Ferner danken wir Gabriele Schmutzer für ihre Unterstützung bei der Datenaufbereitung und -berechnung. Die Fertigstellung der Leipziger Autoritarismus Studien geschieht immer unter einem großen Zeitdruck. Ohne das hervorragende Team von Barbara Handke (Lektorat), Barbara Brendel (Satz) und Tilman Meckel (Korrektorat) hätten wir auch in diesem Jahr die Studie nicht fertigstellen können. Ihnen danken wir besonders für ihre engagierte und höchst qualifizierte Arbeit.

Leipzig im Oktober 2020

Oliver Decker und Elmar Brähler

***Rechtsextreme Einstellungen
in der Mitte der Gesellschaft***

1. Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität

Oliver Decker & Elmar Brähler

Seit 2002 erheben wir im zweijährigen Rhythmus die rechtsextreme Einstellung in der Bundesrepublik Deutschland mit bevölkerungsrepräsentativen Befragungen. Lange war diese Studienreihe unter dem Namen *Leipziger »Mitte«-Studien* bekannt, bis wir 2018 entschieden, unseren neuen Fokus auch im Titel abzubilden. Seitdem sprechen wir von den *Leipziger Autoritarismus Studien*, kurz LAS. Mit der diesjährigen Studie legen wir nun die zehnte Untersuchung in dieser Reihe vor und dokumentieren damit die Entwicklung der rechtsextremen Einstellung über 18 Jahre hinweg.

Den Begriff der Mitte hatten wir 2006 in die Studienreihe eingeführt. Mit ihm wollten wir auf den Punkt bringen, dass rechtsextreme Einstellungen schon lange in der Mitte der Gesellschaft angekommen waren, aber wir wollten auch die seit den 1970er-Jahren bemühte Rede von den »Extremismen« ad absurdum führen. Denn schon damals war die Idee falsch, es gebe einen Schutzraum der Demokratie, der durch klar abgegrenzte Ränder bedroht sei. Diese Vorstellung entsprang dem Wunsch, dass es so sein möge – und wie alle Gedanken, denen verleugnete Wünsche zugrunde liegen, schottete sich auch dieser gegen die Realität ab. Die Verleugnung reichte weit, bis hin zur Existenz extremer Rechter und Neonazis überhaupt. Ein Beispiel dafür ist das erste Bundesprogramm, das auf die grassierende Gewalt von Neonazis und extremen Rechten Anfang der 1990er-Jahre reagierte – das »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« (AgAG). Es hatte nur gewalttätige Jugendliche im Blick, während deren politische Motivation völlig ausgeblendet wurde.¹ Trotz

1 https://www.vielfalt-mediathek.de/data/biknetz_agag_faktenblatt.pdf (05.10.2020).

der massiven Pogrome in Ost- und Westdeutschland, trotz zahlreicher politisch motivierter Morde und Gewalttaten zogen die meisten Menschen eine klare Grenze zwischen rechtsextremer Gewalt und der Mehrheitsgesellschaft.

Die Erkenntnis, dass diese Grenze damals wie heute nicht existierte, hat sich mittlerweile durchgesetzt. Doch scheint das Verhältnis zu diesem Wissen ambivalent zu bleiben, wie sich aus den Wortmeldungen etlicher Politiker und Politikerinnen ablesen lässt, die bis heute rituell über die Mitte als Stabilitätsanker sprechen, wenn sie sich zu neuerlichen Gewalttaten mit rechtsextremer und neonazistischer Motivation äußern. Das lässt sich zum Teil damit erklären, dass die meisten Parteien ihre Wählerinnen und Wähler in jener schwer zu verortenden Mitte der Gesellschaft zu finden hoffen. Die Mitte wird aber auch jenseits des Wahlkampfes adressiert, denn wo auch immer sie liegt, sie gilt als Hüterin stabiler Verhältnisse. Als solche wird sie in Momenten von Krisen und sozialen Konflikten unweigerlich angerufen: Sie möge sich zügeln, sei durch die Extreme bedroht oder laufe gar Gefahr, in diese abzugleiten.

Ein aktuelles Beispiel hierfür sind die »Hygiene-Demonstrationen«. Ganz unterschiedliche Gruppen können sich zu diesen Protesten vereinigen, in Erscheinungsbild, Alter oder Bildungsgrad könnten sie unterschiedlicher nicht sein. Wenn man ihnen zuhört, offenbaren viele ihre Weltsicht, sie sind etwa Impfgegner, Reichsbürgerinnen, Esoterikerinnen. Ihnen ist nicht nur gemeinsam, dass sie die Berechtigung der im Zuge von COVID-19 erlassenen Einschränkungen bestreiten. Über diese kann man in einer Demokratie berechtigterweise streiten – muss man sogar, will man nicht einen »Notstands-Staat« legitimieren, wie der Romanist und Historiker Hans Ulrich Gumbrecht das Regieren mit dem Argument des Notstands analysiert (Gumbrecht, 2020). Die Krux an den Hygiene-Demonstrationen ist nicht die Kritik einer Instrumentalisierung der Krise. Vielmehr sehen die Demonstrierenden verschiedenste geheime Organisationen am Werk, die aus dem Hintergrund das Geschehen lenken würden. Während die einen eine »Weltregierung« imaginieren, die einen »Bevölkerungsaustausch« vorbereitet, sind für andere die »Pharmalobby« oder gleich ganz offen die »jüdischen Milliardäre« verantwortlich für die Pandemie. Dies legt frei, was sich in jeder Erhebungswelle unserer Studie gezeigt hat: wie weitverbreitet die antidemokratische Orientierung in der Gesellschaft ist, auch wenn die Menschen keiner rechtsextremen Partei oder Organisation

angehören. Obwohl es Menschen aus der Mitte der Gesellschaft sind, die hier demonstrieren, sieht Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier genau diese Mitte in der Verantwortung, sich gegen Affekte zu wappnen, die vom Rande in sie vordringen: »Die Mitte der Gesellschaft muss gegen Respektlosigkeit und Hass aufstehen.«² In der Vergangenheit haben wir die Ausländerfeindlichkeit als Einstiegsdroge in den Rechtsextremismus bezeichnet, weil der Hass auf Migranten und Migrantinnen von vielen Menschen geteilt wurde. Das ist noch immer richtig. Allerdings treten nun die Verschwörungsmythen hinzu, die oft genug einen kaum noch kaschierten Antisemitismus verraten.

Die Beschwörung der Mitte lässt sich auch als Fortschritt verstehen, immerhin werden die Staatsbürgerinnen und -bürger nicht mehr als »Volk« angesprochen, wollen seit einigen Jahren die großen Parteien keine »Volksparteien« mehr sein, sondern sehen ihre Mehrheiten nun als Parteien der »Mitte«. Gerade in Deutschland ist der Begriff des Volkes eng mit imaginierter ethnischer Homogenität assoziiert; ferner grenzt ein »Volk« sich entweder gegen ein »Außen« bzw. »Fremde« ab oder gegen ein »Oben«, die »Eliten« oder »Mächtigen«. Die Motive werden auch nicht selten dahingehend vermischt, dass die »Eliten« das »Volk« verraten würden, weil sie eigentlich »falsche« oder »fremde« Eliten seien, denen der Bezug zur »Nation« fehle. Auch hier werden, scheinbar aus dem Nichts, die antisemitischen Grundmotive trotz der gegenwärtigen sozialen Ächtung dieses Ressentiments wieder in den Diskurs eingeführt (Decker, 2018, S. 30; Rensmann, 2020). Viele Politiker und Politikerinnen wollen heute dagegen nicht mehr ein exklusives Volk repräsentieren, sondern eine integrative Mitte. So fortschrittlich dies vor dem historischen Hintergrund auch ist: Im Kern sind sich »Volk« und »Mitte« allzu ähnlich, denn auch die Anrufung der Mitte ist ein performativer Akt, der die Angesprochenen als Gruppe konstituieren und »Fremdes« ausschließen soll – zur Mitte gehören schließlich nicht alle. Beim Volk ist es der Bezug zur Nation, der die Masse nach innen und außen auf einen Nenner bringt, oder wie es der Historiker Étienne Balibar formulierte: »Nation-Form stellt Gemeinschaft über das imaginäre ›Volk‹ her« (Balibar & Wallerstein, 1992, S. 115). Dabei biete gerade diese »Nation-Form« einen handfesten Vorteil für ihre

2 <https://www.rnd.de/politik/steinmeier-gegen-hass-und-gewalt-4GOACRVUATZQ6BF45-ROMLAEOKM.html> (23.09.2020).

Mitglieder: Sie schafft mit der geografischen Außengrenze eine psychische Binnengrenze, »die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft [wird damit] zu einem Teil individueller Identität« (ebd., S. 116), zu einer »innere[n] Grenze« (ebd., S. 119). Anders als die Nation ist die Mitte jedoch ortlos – sie verfügt nicht über Gebiete. Gerade die Ortlosigkeit bindet das Individuum jedoch in die Kontrolle ein – indem seine Zugehörigkeit und sein Schicksal nicht mehr an die Nation bindet, sondern an seine Selbstkontrolle.

Die enge Verbindung von Mäßigung und Mitte wurde in der europäischen Kulturgeschichte mit der Mesotes-Lehre von Aristoteles etabliert (Kalchreuter, 1911; Aristoteles, 1999). Ohne eine gemäßigte Mitte, so der Tenor des griechischen Philosophen der Antike, sei kein (demokratischer) Staat zu machen. Zur Mitte konnten damals allerdings nur die Männer gehören, und von ihnen auch nur die Freien und Besitzenden, denn wer keinem Haus vorstand, wurde auch nicht beteiligt. An die Gruppe aber, die die Chance zur Mitsprache hatte, richtete Aristoteles die Forderung, ihr Maß zu finden: »Die sittliche Tüchtigkeit entfaltet sich auf dem Gebiet der irrationalen Regungen und des Handelns, wobei das Zuviel ein Fehler ist und das Zuwenig getadelt wird, das Mittlere aber ein Treffen des Richtigen ist und gelobt wird«, schreibt er in seiner *Nikomachischen Ethik* (Aristoteles, 1999, NE 1106b 3ff.). Die Verhandlung der *res publicae*, der öffentlichen Sache also, könne nur gelingen, wenn das Überschießende und Ungebändigte ausgeschlossen werde.

Mit Beginn der modernen Gesellschaften Anfang des 19. Jahrhunderts tauchte dieses Problem mit neuer Dringlichkeit auf. Die Demokratie, wie wir sie heute kennen, stand nicht hoch im Kurs. Im Gegenteil galt die Herrschaft durch den Demos, das ganze Staatsvolk als Garant für den Verlust jeder Stabilität, begann ja gerade das »lange 19. Jahrhundert« – wie der Historiker Eric Hobsbawm die Zeitspanne von 1789 bis 1914 bezeichnete – als Epoche der Revolutionen und Hungerrevolten (Hobsbawm, 1962). »Die Menge – flatterhaft in ihrem Urteil, unbeständig in ihren Haltungen, niedrig in ihren Begierden, einfach zu verführen und zu manipulieren [...] – erschien völlig unfähig zur Herrschaft«, fasst der Politikwissenschaftler Philip Manow die Sicht der Staatstheorie bis weit ins 20. Jahrhundert zusammen (Manow, 2020, S. 31). Deshalb erlebte schon in der Französischen Revolution der aristotelische Mitte-Begriff eine – zunächst unauffällige – Renaissance. In der französischen Natio-

nalversammlung von 1789 teilte sich der Plenarsaal auf, indem rechts die rückwärtsgewandten Vertreter der Monarchie saßen, links die Verfechter revolutionärer Veränderungen und zwischen ihnen die Fraktion der »gemäßigten« Kräfte. Sie saß also in der Mitte. Es wirkt, als würde das bis heute gültige politische Koordinatensystem seinen Ursprung in dieser Sitzordnung haben. Auch wenn die zufällig erscheinen mag – in Kenntnis der aristotelischen Vorarbeit zur Mitte sollte man nicht übersehen, dass mit dem Übergang vom Feudalismus zur Demokratie auch das rechte Maß wieder auf die Agenda kam und somit die Frage, wer es erfüllte. Im Frankreich des 19. Jahrhunderts kam diese Aufgabe dem *juste milieu* zu.

Einerseits sollte das »Volk« der Souverän sein, nicht mehr der Adel. Andererseits galten die Äußerungen der breiten Masse als glatter Verstoß gegen die Forderung nach Maß und Mäßigung. Der Ausweg war die demokratische Repräsentation. Mit ihr ließ sich vermeiden, dass der neue Souverän sein Recht selbst ausübte (ebd., S. 35). Gleichzeitig zementierte diese Organisation die Unterscheidung zwischen Repräsentierbarem und Nicht-Repräsentierbarem (ebd., S. 36) und verdrängte – da auch die Gesellschaften des 19. und 20. Jahrhundert von Antagonismen durchzogen waren – mit den gefürchteten Affekten auch politische Interessen aus dem politischen Diskurs. Die Frage, was in eine Demokratie eingeschlossen und was ausgeschlossen werden soll, was als repräsentierbar und was als nicht-repräsentierbar in ihr angesehen wird, ist also schon seit ihrem Aufkommen als Herrschaftsform ein Streitfall und Gegenstand politischer Kämpfe gewesen. Dieser Kampf ging nach Manow über die reine Politik hinaus: »Mit der Politisierung des gemeinen Mannes muss das Verbotene an ihm unterdrückt werden« (ebd., S. 45). Wie der Antisemitismusforscher und Historiker Uffa Jensen feststellt, ist eine solche Verbindung gefährlich, denn was für die Einhaltung der Selbstkontrolle versprochen wurde, ist oft genug nicht zu bekommen: »Moderne Gesellschaften produzieren [...] Ressentiments, weil sie ihre Partizipationsversprechen niemals vollständig einlösen können« (Jensen, 2017, S. 35). Das Ressentiment speist sich aber nicht nur aus der Quelle der Frustration über nicht eingehaltene Versprechen. Ein Verbot macht den verpönten Wunsch besonders stark, eine Alltagsweisheit bringt dieses Wissen auf den Punkt: »Verbotene Früchte schmecken am besten.« Durch Verbote wird der Wunsch gleichzeitig gesteigert und oft genug zu dem, was er zu Anfang gar nicht war: unkontrollierbar drängt sich die Sehnsucht an seine Erfüllung auf. Das

galt, wie Manow feststellt, für den »gemeinen Mann«, aber natürlich nicht nur für ihn. Doch solange Männer in der patriarchalen Gesellschaft die Einzigen waren, deren Beteiligung an bzw. Ausschluss von der politischen Partizipation abgefedert werden musste, schienen zumindest alle anderen zur Kompensation geeignet zu sein: Frauen, Fremde, Kinder konnten zum Objekt des Ressentiments werden, die Wut genauso an ihnen ein Opfer finden, wie das Verpönte an ihnen verfolgt werden.

Diese Verbindung von Mitte und Mäßigung auf der einen Seite und dem Ressentiment auf der anderen Seite reicht bis in die Gegenwart hinein. Die Ablösung des »Volkes« durch die »Mitte« ist ein unbestreitbarer Fortschritt – immerhin schließt der Mitte-Begriff im gegenwärtigen politischen Diskurs viel mehr Menschen in den Bereich des Repräsentierten ein: Frauen und Kinder, Migrantinnen und Migranten, Lesben, Schwule und Transpersonen oder People of Colour. Aber auch heute verbindet er sich mit dem Appell der Mäßigung, fordert also von allen die Kontrolle ihrer Bedürfnisse. Das ist einerseits berechtigt, denn ohne ein gewisses Maß an Trieb- und Affektkontrolle lässt sich das Gemeinwesen sicherlich nicht organisieren. Andererseits ist es durch die damit notwendige Zurichtung und Gewalt immer auch bedroht. Denn die Bedürfnisse und psychischen Konflikte sind selbst der Gesellschaft entsprungen, auch wenn sie sich mit ihrem Eigensinn der gesellschaftlichen Rationalität entgegenstellen (Lorenzer, 1993). Je mehr Mäßigung die Gesellschaft den Individuen zumutet, desto ambivalenter bleibt die Gesellschaft für ihre Mitglieder. Das wird jedoch nicht nur dadurch deutlich, dass die Menschen sich diesen Imperativen zu Mitte und Mäßigung entziehen würden, sondern in ihrer paradoxen Haltung. So begreift sich fast die gesamte Bevölkerung zur Mitte gehörig, während sich kaum jemand im Extrem verortet: In der Leipziger Autoritarismus Studie 2018 sahen sich beispielsweise gerade einmal 49 der 2.416 Befragten als dezidiert links-außen und nur 20 als dezidiert rechts-außen (Decker, Kiess & Brähler, 2018, S. 204). Allerdings unterscheiden sich Selbstbild und tatsächliches Denken und Handeln voneinander, wodurch das Paradox sichtbar wird (vgl. Kap. 2, weite Verbreitung von NeONS-Ideologie, Ethnozentrismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit).

In unserer Untersuchung von 2016 sprachen wir nicht nur von einer Polarisierung der Gesellschaft, sondern auch von einer Radikalisierung

der antidemokratisch-autoritären Milieus. Dabei hatten wir zweierlei vor Augen: zum einen die steigende Gewaltbereitschaft, der Legitimationsverlust der demokratisch verfassten Gesellschaft und die Abwendung bestimmter Milieus von ihr, zum anderen den Liberalisierungsschub, der in der Bundesrepublik zur Anerkennung und Repräsentanz von mehr Lebensentwürfen und Bedürfnissen geführt hat. Denn der Kampf um Anerkennung ist für viele Menschen erfolgreich gewesen (Honneth, 1992). Die Emanzipation von Frauen, von Schwulen und Lesben, von Kindern sowie von Migrantinnen und Migranten prägte das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts und bestimmte die gesellschaftspolitische Entwicklung seit dem Millennium. So wurde erst im Juli 1997 durch eine Strafrechtsänderung die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt. Durch eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahr 2000 gelten die Menschenrechte auch für Kinder – nun erst wurde das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung festgeschrieben. Im selben Jahr wurde das Staatsbürgerrecht liberalisiert. Dadurch wurde es möglich, nicht nur qua Abstammung Bürger oder Bürgerin der Bundesrepublik zu werden (ein im Grunde rassistisches Recht), sondern auch durch Geburt auf deutschem Territorium oder durch ein vereinfachtes Einbürgerungsverfahren. Im Juni 2017 stimmte das Parlament für die Ehe für alle, sodass nun auch gleichgeschlechtliche Paare heiraten können. Keiner dieser Schritte hin auf eine offene und liberale Demokratie vollzog sich ohne massive politische Debatten – aber trotz mancher Gegenkampagnen auch vonseiten demokratischer Parteien scheinen diese Freiheitsrechte zum Kernbestand der Berliner Republik zu gehören.

Diese Liberalisierung ist mit der Radikalisierung der antidemokratisch-autoritären Milieus auf das Engste verbunden. An dieser Stelle wäre durchaus ein Repräsentationsproblem auszumachen, aber anders, als es üblicherweise gemeint ist. Es ist nicht so, dass die autoritären, antifeministischen, muslimfeindlichen und antisemitischen Ansichten nicht repräsentiert wären. Spätestens mit dem Einzug der AfD in alle Landesparlamente und in den Deutschen Bundestag ist diese These nachhaltig entkräftet (vgl. Kap. 5). Vielmehr radikalisieren sich Ressentiments, die bereits vor Gründung der AfD in der Mitte der Gesellschaft weitverbreitet waren und nun in ihr sichtbar werden. Um diese autoritäre Dynamik zu verstehen, muss man die Repräsentation genau wie die Nicht-Repräsentation als einen immanent psychischen Vorgang begreifen. Schon die Politikwissen-

schaftlerin Karin Priester wie auch ihr Kollege Philipp Manow konnten sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich hier eine »Wiederkehr des Verdrängten« zeige (Priester, 2012, S. 38; Manow, 2020, S. 51; vgl. auch Arditì, 2003, S. 25). Dass sich so viele Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler auf die Psychologie beziehen, spricht für die Erklärungskraft sozialpsychologischer Ansätze. Denn die »Wiederkehr des Verdrängten« ist zunächst keine Gesetzmäßigkeit der Politologie, sondern ein zentrales Motiv der Psychoanalyse. Dabei stellt sich aber ein neues Problem: Die Wiederkehr ist Folge einer Verdrängung von psychischen Inhalten aus dem Bewusstsein, doch selbstverständlich vollzieht sich eine solche psychische Leistung als Reaktion auf ein soziales Geschehen, auf eine gesellschaftliche Repression. Mit anderen Worten: Es wird verdrängt, was unter dem Druck der lebenslangen Vergesellschaftung ausgeschlossen werden muss – und dann ein Eigenleben beginnt.

Aber was ist es genau, was sich mit Macht Geltung verschafft? Schon Sigmund Freud stellte fest, dass Verdrängtes nicht in seiner ursprünglichen Gestalt wiederkehrt. Was jetzt als Rassismus, Ethnozentrismus und Neo-NS-Ideologie, als Antisemitismus und Antifeminismus seinen Ausdruck findet, speist sich aus anderen Quellen. Unsere These ist, dass sie Ergebnis einer autoritären Dynamik in der Mitte der Gesellschaft sind (vgl. Abschnitt »Autoritäre Dynamiken«). Man könnte argumentieren, dass es daher konsequent gewesen wäre, weiterhin den Titel *Leipziger »Mitte«-Studien* zu führen. Sicherlich ist es immer noch dringend, auf die Gefahr hinzuweisen, welche von der Mitte der Gesellschaft ausgeht, doch ist die Verwendung dieser Metapher problematisch geworden, insofern sie eine andere Gefahr überdeckt: die zunehmende Polarisierung und Radikalisierung der antimodernen und autoritären Milieus. In ihrem Selbstverständnis gehören auch diese Milieus in die Mitte der Gesellschaft. Aber spätestens seit wir ihre Radikalisierung in unserer Studie von 2016 »Die enthemmte Mitte« erstmals beschrieben hatten (Decker & Brähler, 2016), erfüllt der Hinweis auf eine drohende Gefahr aus der gesellschaftlichen Mitte den Tatbestand der Verharmlosung. Diese Verharmlosung ist vergleichbar mit der Bezeichnung »Alarmzeichen« für den Anschlag auf die Synagoge in Halle, wo doch der Ernstfall eingetreten ist und seit nunmehr 30 Jahren anhält. Denn bereits 1990, als die Mauer gerade gefallen war und mit der DDR ein Staat unterging, der noch viele Institutionen und die autoritäre Tradition Deutschlands aus dem 19. und 20. Jahrhundert

konserviert hatte, kam es in Ost- und Westdeutschland zu massiven Ausschreitungen und Morden an Migrantinnen und Migranten, zu antisemitischen Anschlägen und Gewalttaten. Die von der Amadeu Antonio Stiftung geführte Liste der aus rassistischen Gründen ermordeten Menschen nennt als erstes Opfer Mahmud Azhar, der am 6. März 1990 erschlagen wurde. Seitdem haben 208 Menschen als Opfer rassistischer Gewalt ihr Leben verloren, 13 weitere werden als Verdachtsfälle geführt. Dabei lassen sich in den letzten Jahren nochmals deutliche Radikalisierungsprozesse beobachten, denn allein im laufenden Jahr sind bis zum Redaktionsschluss an dieser Studie weitere zehn Menschen ermordet worden.³ Auch die hohe Zahl der in den letzten Monaten aufgedeckten Waffen-, Munitions- und Sprengstofflager, nicht selten von Polizeibeamten und -beamtinnen sowie Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr angelegt, oder die Radikalisierung auf Online-Plattformen machen die Bedrohung durch Rassismus und die Neo-NS-Ideologie überdeutlich. In diesen Milieus ist die Stimmung von der Erwartung einer »Schwellenzeit« geprägt, wie sie von den Propagandisten und Agitatorinnen des mittlerweile angeblich aufgelösten AfD-Flügels beschworen wird (Decker, 2018, S. 30). Mit diesem apokalyptischen Sehnen wird nicht nur die Hoffnung auf das Ende der liberalen Demokratie ausgedrückt, sondern auch die auf eine Erneuerung der »völkischen« Einheit. Kaum verstellt zeigt sich hier – ähnlich wie in vielen Verschwörungsmysen – eine Sehnsucht nach einem faschistischen Führer als »a quasi messianic figure« (Arditi, 2003, S. 18; vgl. Kap. 6).

Gesellschaftliche Anerkennung und politische Regression der autoritären Flucht waren in den letzten Jahrzehnten eng miteinander verflochten. Doch auch historisch betrachtet gehen Emanzipation und Ressentiment nicht zum ersten Mal eine solche Verbindung ein. Die Ressentiments verweisen auf eine Ambivalenz moderner Gesellschaften bzw. gegenüber dem Prozess der Moderne selbst (Decker & Kiess, 2013). Für die Wegbereiter des Nationalsozialismus und die Entwicklung des Antisemitismus hat der Historiker Fritz Stern diese Diagnose früh gestellt. Nachdem er die Schriften von Paul de Lagarde, Julius Langbehn und Arthur Moeller van den Bruck untersuchte, die durch ihre Ideen zu einer »konservativen Revolution« dem Faschismus den Weg bahnten, stellte er eine »latente[n]

3 <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/> (23.09.2020).

Aufstandsbereitschaft gegen die Modernität« fest (Stern, 2018, S. 14). Nicht nur die Autoren, auch ihre begeisterten Leserinnen und Anhänger wollten »die von ihnen verachtete Gegenwart zerstören, um in einer imaginären Zukunft eine idealisierte Vergangenheit wiederzufinden« (ebd., S. 7). An der Verachtung der Gegenwart hat sich wenig verändert – die Motive der Autoren und ihrer Zeitgenossen ähneln stark denen, mit denen auch die heutige Realität abgelehnt wird. Auch damals nahm das Ressentiment ausgerechnet in dem Moment zu, als diejenigen mehr Rechte erhielten, die dann zum Objekt des Hasses wurden. Die ganze Gesellschaft, so schreibt es die Historikerin Shulamit Volkov, war durch einen »Prozeß der kulturellen Polarisierung« geprägt (Volkov, 2000, S. 23). Damals war es vor allem die Emanzipation der Jüdinnen und Juden, welche viele in Deutschland in ihrem Hass verband:

Die meisten dieser Ideologen waren der Überzeugung, diese Welt sei durch böse Hände zerstört worden; infolgedessen glaubten sie fest, daß Verschwörungen in Geschichte und Gesellschaft eine wesentliche Rolle spielen. Den Bösewicht sah man gewöhnlich im Juden, der immer häufiger als die Verkörperung der Modernität hingestellt wurde. (Stern, 2018, S. 11)

Um den Antisemitismus gruppieren sich demnach auch andere anti-emanzipatorische Einstellungen, er »wurde zu so etwas wie einem permanenten Verbündeten des Anti-Liberalismus und Anti-Kapitalismus« (Volkov, 2000, S. 26; vgl. Kap. 7). Aber schon im deutschen Kaiserreich war es nicht der Antisemitismus allein, mit dem sich die Abkehr von der Moderne und die Sehnsucht nach einer ursprünglichen Reinheit artikulierten (Bohleber, 1998). Die »anti-emanzipatorische Kultur« (Volkov, 2000, S. 5) fand ihren Ausdruck auch im Antifeminismus (vgl. Kap. 8). Allerdings wurde der Antisemitismus zu einem, wie Volkov es nennt, »kulturellen Code« (Volkov, 2000, S. 23), über den sich die unterschiedlichen autoritären und anti-emanzipatorischen Milieus erkennen konnten, und zwar über Standesgrenzen und etwaige Differenzen in anderen Politikfeldern hinweg. Deshalb spricht der Historiker Reinhard Rürup mit Blick auf die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Deutschland vom »Antisemitismus als »Weltanschauung«:

Antisemitismus ist mehr als ein antijüdisches Programm, mehr als eine jüdenfeindliche Bewegung. Er zielt nicht nur auf Aufhebung der Emanzipation und die »soziale Ausgrenzung« der Juden [...], sondern glaubt, über die

»Judenfrage« die Gesamtheit aller Probleme lösen zu können. Er offeriert ein Erklärungsmodell für die nicht verstandenen Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Gesellschaft und suggeriert damit zugleich Lösungsmöglichkeiten für die wirtschaftliche, politische und kulturelle Krise der Gegenwart. (Rürup, 1975, S. 91)

Demnach hilft das manichäische Weltbild – das heißt, die Unterteilung der Welt in »Gut« und »Böse« und hier konkret die Zuschreibung des Bösen auf die »Juden« –, die Welt überschaubarer zu machen. Darüber hinaus bietet es die Möglichkeit, die eigenen Aggressionen auszuleben und dem Hass auf die eigene Zurichtung ein Ventil zu geben. Heute wie damals wird die zunehmende Organisierung der autoritären Milieus von einer immer offeneren Artikulation der Ressentiments begleitet. Die Ressentiments erfüllen dabei verschiedene Funktionen, die wir in diesem Band ausführlich analysieren. Jenseits ihrer psychischen Funktion haben Antisemitismus, Antifeminismus, Verschwörungsmentalität und Muslimfeindschaft eine zentrale politische Funktion übernommen: Sie codieren eine antimoderne Weltanschauung. Auch in unserer Milieubeschreibung von 2016 (Decker & Brähler, 2016) war deutlich geworden, dass der Antisemitismus in den antidemokratisch-autoritären Milieus zwar mal mehr, mal weniger offen geäußert wurde, dass seine Bedeutung aber an einem Punkt gewachsen war: Entlang dieses Ressentiments beginnen sich die antimodernen Milieus untereinander zu erkennen; über Schichtgrenzen hinweg können sie sich hiermit ihr geteiltes Ressentiment gegen die moderne und liberale Gesellschaft mitteilen. Darin besteht die Herausforderung. Nachdem wir seit fast zwanzig Jahren trotz aller Schwankungen einen dauerhaft hohen Sockel an ethnozentrischen Einstellungen und Neo-NS-Ideologien in Deutschland nachgewiesen haben, wäre eine Gewöhnung daran der schlimmste Fall. Denn mit dieser rechtsextremen Einstellung in der deutschen Bevölkerung wird auch in diesem Jahr nicht nur ihre Verbreitung und Stärke untersucht, sondern auch das Scharnier, das Menschen mit antiliberaler und antimoderner Weltsicht verbindet. Im Zentrum stehen gegenwärtig wieder der Antisemitismus, der Antifeminismus und die Verschwörungsmentalität – und zwar nicht unbedingt, weil sie zugenommen haben, sondern weil sich durch sie eine neue antimoderne Bewegung formiert.

Literatur

- Arditi, B. (2003). Populism, or, politics at the edges of democracy. *Contemporary Politics*, 9, 17–32.
- Aristoteles (1999). *Nikomachische Ethik; übersetzt von Franz Dirlmeier*. Stuttgart: Reclam.
- Balibar, É. & Wallerstein, I. M. (1992). *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*. Hamburg: Argument-Verlag.
- Bohleber, W. (1998). Die Volksgemeinschaft – lebensbekleidender Uterus und ausstoßende Gewalt. Zu den unbewußten Wurzeln rechtsextremer Gewaltphantasien. *Werkblatt*, 40, 83–105.
- Bröckling, U., Krasmann, S. & Lemke, T. (Hrsg.) (2000). *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Decker, O. (2018). Flucht ins Autoritäre. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 15–63). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Brähler, E. (2016). Ein Jahrzehnt der Politisierung: Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (S. 95–135). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Kiess, J. (2013). Moderne Zeiten. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 13–64). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., J. Kiess & E. Brähler (2018). Antisemitische Ressentiments in Deutschland: Verbreitung und Ursachen. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 179–216). Gießen: Psychosozial.
- Gumbrecht, H. U. (2020). Der Notstand-Staat. *Neue Zürcher Zeitung*, 24.3.2020. <https://www.nzz.ch/feuilleton/hans-ulrich-gumbrecht-coronavirus-notstand-und-die-zukunft-des-staates-ld.1548096> (09.10.2020).
- Hobsbawm, E. (1962). *The Age of Revolution 1789–1848*. New York: Vintage Books.
- Honneth, A. (1992). *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Jensen, U. (2017). *Zornpolitik*. Berlin: Suhrkamp.
- Kalchreuter, H. (1911). Die mesotes bei und vor Aristoteles. *Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde einer Hohen Philosophischen Fakultät der Universität Tübingen*.
- Lorenzer, A. (1993). *Intimität und soziales Leid. Eine Archäologie der Psychoanalyse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Manow, P. (2020). *(Ent)Demokratisierung der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Priester, K. (2012). *Rechter und linker Populismus. Annäherungen an ein Chamäleon*. Frankfurt am Main: Campus.
- Rensmann, L. (2020). Die Mobilisierung des Ressentiments: Zur Analyse des Antisemitismus in der Partei Alternative für Deutschland. In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (S. 309–344). Gießen: Psychosozial.
- Rürup, R. (1975). *Emanzipation und Antisemitismus*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Stern, F. (2018). *Kulturpessimismus als Politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Volkov, S. (2000). *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*. München: C.H. Beck.